Reglement der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen

vom 1. Februar 1966

Der Schweizerische Bundesrat,
in Ausführung seines Beschlusses vom 26. Februar 1965,
beschliesst:

Art. 1 Aufgabenbereich

¹ Die Kommission berät den Bundesrat und die Departemente in allen konsumentenpolitischen Angelegenheiten, die ihr zur Stellungnahme vorgelegt werden. Sie kann auch von sich aus einschlägige Empfehlungen unterbreiten.

² Die Kommission kann mit den interessierten Wirtschaftskreisen gemeinsame Lösungen von Konsumentenfragen fördern.

Art. 2 Einberufung

¹ Die Kommission wird durch den Präsidenten einberufen. Sie muss binnen 20 Tagen einberufen werden, falls fünf Mitglieder es verlangen.

² Einladung, Traktandenliste und einschlägige Unterlagen sind den Mitgliedern in der Regel wenigstens eine Woche vor der Sitzung zuzustellen.

Art. 3 Abstimmungen

¹ Die Kommission fasst alle Beschlüsse im Plenum. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

² Die Beschlüsse werden mit einfachem Stimmenmehr gefasst. Bei Stimmengleichheit hat der Präsident den Stichentscheid.

³ In dringenden Fällen oder für weniger wichtige Angelegenheiten kann die Meinungsäusserung der Mitglieder auf schriftlichem Wege eingeholt werden.

Art. 4 Subkommissionen

Zur Entlastung des Plenums kann der Präsident für die Behandlung einzelner Gebiete oder Fragen permanente oder ad hoc-Subkommissionen bilden. Über deren Arbeiten sind die übrigen Mitglieder laufend zu orientieren.

Art. 5 Experten

Die Kommission kann für die Behandlung einzelner Gebiete oder Fragen Vertreter der interessierten Amtsstellen, unabhängige Sachverständige sowie Vertreter der jeweils betroffenen Branchen zuziehen.

Art. 6 Geschäftsverkehr mit dem Bundesrat

Der Geschäftsverkehr mit dem Bundesrat erfolgt durch Vermittlung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements.

Art. 7 Sekretariat

Die Sekretariatsgeschäfte werden vom Büro für Konsumentenfragen geführt.

Art. 8 Schweigepflicht

¹ Die Mitglieder, die beigezogenen Sachverständigen und Vertreter von Wirtschaftsbranchen unterstehen der Schweigepflicht gemäss Artikel 320 des Strafgesetzbuches¹.

² Sie haben insbesondere den Gang der Verhandlungen, den Inhalt von Anträgen und Voten, die Namen der Antragsteller und Votanten, die Abstimmungen, Protokolle und Verwaltungsberichte geheimzuhalten.

³ Für die materielle Abklärung von Fachgeschäften können sie sich mit den von ihnen vertretenen Kreisen intern beraten.

Art. 9 Entschädigungen

¹ Die Kommissionsmitglieder und beigezogenen unabhängigen Sachverständigen beziehen Entschädigungen gemäss Verordnung vom 25. Januar 1952² über die Tagelder und Reiseentschädigungen an Kommissionsmitglieder und Experten.

² Das Rechnungswesen der Kommission wird vom Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements besorgt.

Art. 10 Inkrafttreten

Das Reglement tritt am 15. Februar 1966 in Kraft.

¹ SR 311.0

² [AS 1952 78, 1957 845, 1970 1. SR 172.32 Art. 12 Abs. 1]. Heute: gemäss V vom 1. Okt. 1973 über die Entschädigungen für Kommissionsmitglieder, Experten und Beauftragte (SR 172.32).